

Stellungnahme der IG Unser Berg zur Pressekonferenz am 13.09.2019 zum Ausbau der Bergwirtschaft

Pressekonferenz gut und schön - allerdings recht einseitig. Anstatt die geforderte Transparenz direkt dem Bürger nahe zu bringen und direkte Fragen der Amberger zu beantworten, gab es halt eine Pressekonferenz, in der die Opferrolle der Stadt klar zum Ausdruck gebracht werden wollte.

Die daraus resultierende Verzögerung durch das angekündigte Verfahren der Bauleitplanung für den Beginn der geplanten Bauarbeiten lassen wir uns nämlich nicht in die Schuhe schieben.

Schließlich sollte ja bereits nach dem vermeintlichen Auslauf des Pachtvertrags Ende Juli 2019 der Umbau umgehend beginnen (Onetz 11.10.2018). Knapp ein Jahr Verzögerung hat man sich durch die verunglückte Kündigungsaktion des Pachtvertrags ja selbst zuzuschreiben.

Auch hat man die Beantwortung der gestellten Fragen eher von Oberbürgermeister und Bauamt erwartet, schließlich hat die IG Unser Berg die Fragen auch an diese gerichtet.

Verwunderlich ist, dass Architekt Zunner auf der Pressekonferenz einige Fragen beantworten durfte, während die Stadt Amberg erst lt. Onetz (09.09.2019) wie folgt Stellung genommen hatte:

„Laut Susanne Schwab, der Pressesprecherin der Stadt, wird die IG Antworten zu ihrem Fragenkatalog aus dem Baureferat bekommen, selbst wenn die Stadt derzeit zu manchen der Punkte noch nicht viel sagen könne. Bis die IG diese Stellungnahme erhalte, könne es aber noch etwas dauern, da die Auskünfte gut recherchiert sein sollten“.

Entweder weiß Architekt Zunner mehr als die Stadt, oder man hat eine gemeinsame Strategie nicht abgesprochen oder es hat zwischen 09.09.2019 und 13.09.2019 eine fruchtbare Rechercheaktion gegeben?

Generell wurden auch die von der IG Unser Berg gestellten Fragen nicht wirklich beantwortet. Themen wie Wellnesshotel oder Kreisel waren nie eine Fragestellung seitens IG Unser Berg gewesen, das lassen wir uns auch nicht zuschieben.

Fragen nach der Erlaubnis für die vorgenommenen Bohrungen im Landschaftsschutzgebiet wurden z. B. gar nicht beantwortet (Wer hat die Bohrungen beauftragt, gab es dafür eine Befreiung nach der Verordnung „Landschaftsschutzgebiet Mariahilfberg“?).

Zum Thema Zufahrten: War damit auch die Feuerwehrezufahrt gemeint? Hier hat schließlich die Feuerwehr das letzte Wort. Es wird freilich ein Brandschutzkonzept geben, wurde denn dieses bereits von der Feuerwehr genehmigt und ist dies öffentlich einsehbar?

Auch tauchen neue Fragen bzgl. dem geplanten Wegfall des Fallschutzes auf:

Ist dieser nur geplant oder bereits genehmigt? Dass der massive Stahlbetonkörper fallende Bäume aushalten wird, ist sicherlich garantiert, wie schaut es aber mit dem Schutz der Hotelgäste und Kinder aus? Schließlich wurde ein großzügig gestalteter Außenbereich mit schönem Kinderbereich im Freien angekündigt (Onetz 23.05.2019). Ist hier der Fallschutz gewährleistet oder gar nicht betroffen?

An dem gleichen Tag wurde lt. Onetz (13.09.2019) von einer Fällung von 2-3 Bäumen gesprochen (diese würden im Übrigen auf dem gleich darunter liegenden Grundstück des Investors als Ersatz gepflanzt werden), dann wiederum von 3-5 Bäumen (Bericht OTV auch am 13.09.2019). Das mag zwar pingelig klingen, ist aber widersprüchlich und lässt auch bei allen anderen Aussagen Zweifel wachsen.

Sieht man sich den Außenbereich genauer an, sieht man auch, dass dort mehr als 5 Bäume stehen. Bedeutet das, dass alle anderen Bäume stehen bleiben und durch diese (bei den in den Hang versenkten Hotelzimmern und die damit verbundene Aussicht auf die Bäume) die angekündigte Ruhe garantiert werden würde?

Bei allen Versuchen hier glaubwürdig zu wirken: sieht man den Bau nicht von draußen, kann man auch nicht weit rausschauen. Man sehe quasi die Stadt vor lauter Bäumen nicht. Als Hotelgast würde das keinem gefallen.

„Man sieht, dass man nichts sieht“ – oder wie war das gemeint?

Weiterhin kann man doch Hotelgästen gar nicht vorschreiben, wann sie einchecken sollen! Wie soll man garantieren können, dass Hotelgäste nur zu normalen Geschäftszeiten verkehren? Steht das zukünftig in den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“, dass die Anreise nur bei Tageslicht erfolgen darf?

Auch Besucher einer Hochzeitsgesellschaft, die nicht in dem Hotel nächtigen, werden nachts abreisen und dann zu dem („Gott sei Dank“) weit entfernten Parkplatz gelangen müssen.

Eine Vollausslastung des Komplexes hätte ein Volumen von bis zu 520 Besuchern (Veranstaltungssaal 160 Gäste + bisherige Plätze 360 Personen inkl. den 40 Hotelgästen).

Hierbei sei die Frage erlaubt, wieviel Parkplätze für maximal 520 Besucher und Hotelgäste ausgewiesen werden müssen (erforderliches Personal und Kirchgänger nicht eingerechnet). Oder werden die für das Bergfest angekündigten Sonderparkplätze die Differenz auffangen? Wo gibt es denn diese Sonderparkplätze, die auch bei dem Bergfest genutzt werden sollen?

Die getätigten Aussagen in der Pressekonferenz mögen auf den ersten Blick die Hotelbefürworter und manche Parteien gar wegen den bevorstehenden Wahlen beflügeln, werden diese Aussagen jedoch hinterfragt, öffnet sich ein Tor mit noch mehr Fragen.

Zudem auch die Grundsatzfrage, brauchen wir in Amberg überhaupt ein zusätzliches Hotel? Ja - dies ist die Argumentation der Hotelbefürworter.

Bei einer durchschnittlichen Bettenauslastung in Amberg von 40%-45% beantworte sich die Frage von selbst (nachzulesen bei Statistik-Bayern.de).

Die IG Unser Berg ist grundsätzlich gegen ein Hotel, was sich auch an der Formulierung des Bürgerbegehrens widerspiegelt. Renovierung der Gaststätte ja - Hotel nein.

Horrorszenarien wie „Bauzaun um Bergwirtschaft“ sind auch die Argumentation der Befürworter des jetzigen Modells. Bei vier Bewerbern für die Ausschreibung verhält es sich nicht so, als ob es keine Alternative gegeben hätte.

Lt. Onetz (13.09.2019) habe Herr Helm als Pfarrer von St. Martin den Pachtvertrag „selbst einfädelt“. „Einfädeln“ bedeutet umgangssprachlich „etwas schlau anbahnen, auf geschickte Weise den Weg für etwas bereiten“.

Klar, dass Fellners Lösung die profitabelste Lösung für Kirche und beteiligte Investoren ist, aber vielleicht nicht die Profitabelste für Natur, Umwelt, Gläubige und Bürger.

Zum Abschluss sei noch die Bemerkung erlaubt, dass die lt. Kommentar von Markus Müller (Onetz 26.08.2019) geforderte sachliche Diskussion nicht mehr gegeben sei. „Wenn ein initiiertes Bürgerbegehren - ein in der Bayerischen Verfassung, Gemeindeordnung und Landkreisordnung tief verankertes Instrument der direkten Demokratie - vom Oberbürgermeister höchstpersönlich als „Gipfel des Shitstorms“ bezeichnet werde, sei es nicht mehr sachlich und mit dem Demokratiedanken unserer Führungsriege nicht weit her.

Vielleicht hätte es ohne Bürgerbegehren gar keine Bemühungen für Transparenz gegeben und Fragen und Meinungen würden ignoriert werden.

Gerade die aktuellen Geschehnisse und Aussagen, v. a. auch das Feedback der Bürger motiviert, so weiterzumachen. Der Amberger Bürger lässt sich nicht für dumm verkaufen und kann auch zwischen den Zeilen lesen.